

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreis bei Halbjährlicher Bestellung monatlich RM. 3.30 (einschließlich 10 Pfg. für Zustellung), durch Postbestellung RM. 3.50 (einschließlich 10 Pfg. Postgebühr) (ohne Postzustellungsgebühr) bei Jahresbestellung RM. 33.00 (einschließlich 10 Pfg. Postgebühr).

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marienstraße 18/19, Fernruf 25231, Postfachkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Stadtschreibers beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Anzeigenpreis: 20 mm breite Zeilen zu 10 Wp., auswärts 40 Wp., Anzeigenabdruck u. Nachdruck nach Text. Familienanzeigen und Stellenangebote ermäßigt. Briefe, Off.-Beilagen 30 Wp. — Nachdruck nur mit Quellenangabe. Dresden Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Vor einer Diktatur Fey in Oesterreich Auffeblenerregende englische Mitteilung

London, 26. Juni. Dem Wiener Berichterstatter des „Daily Express“ zufolge soll Bundeskanzler Dollfuß auf einer Sonder Sitzung des österreichischen Kabinetts beschlossen haben, daß der Sicherheitskommissar Major Fey zum österreichischen Bundeskanzler ernannt werden solle, wenn der gegenwärtige Zustand der „Unruhe und des Terrorismus“ in Oesterreich andauere. Dr. Dollfuß würde dann den Posten des Außenministers übernehmen. Major Fey würde militärische Diktatur vollziehen erhalten.

Neue Spur in der Wiener Bombenaffäre

Wien, 25. Juni. Wie der nationalsozialistische „Kampfruf am Montag“ berichtet, ist in der Untersuchung wegen der Wiener Bombenanschläge eine überraschende Wendung eingetreten, die die Nationalsozialisten, denen bisher die ausschließliche Schuld an den Anschlüssen zugeschoben worden war, stark entlastet. Auch hinsichtlich des Anschlages

auf Dr. Steidle zeige sich eine neue Spur. Das Blatt weist auf eine Notiz im Briefkasten der legitimistischen „Staatswehr“ hin, in der gesagt wird, erst wenn Steidle mit Stumpf und Stiel ausgerottet sei, könne in Innsbruck von einem Ausschuss der legitimistischen Idee geredet werden. Das Blatt erinnert auch daran, daß Steidle vor dem Anschlag Drohbriefe erhalten hat.

Bombenanschlag in Gmunden

Wien, 25. Juni. In der Nacht zum Sonntag ereigneten sich in Oesterreich wiederum mehrere Zwischenfälle. In Gmunden im Salzkammergut wurde ein Bombenanschlag auf das Haus des christlichsozialen Bürgermeisters Thomas verübt. Die Bombe wurde gegen das Haus geworfen und hatte eine außerordentlich starke Detonation. Bei einem Höhenfeuer in Oberstetermark explodierte eine Bombe, die von Unbekannten in den Dolastof gelegt worden war. Verletzt wurde niemand. — Wie aus St. Johann in Tirol berichtet wird, mußte dort im Gemeindefrankenhaus eine Unterkunft für politische Häftlinge errichtet werden, weil das Gemeindefängnis überfüllt ist.

Goebbels über die deutsche Außenpolitik

„Deutschland der beste Friedensgarant“

Paris, 26. Juni. Das „Petit Journal“ veröffentlicht am Montag eine Unterredung seines Berliner Sonderberichterstatters André Baly mit dem Reichsminister Dr. Goebbels. Auf die Frage des Berichterstatters, ob es im Falle einer

Übernahme der österreichischen Regierung

durch die Nationalsozialisten zwischen Deutschland und Oesterreich noch einen Unterschied in der Führung geben und ob man dann noch von zwei getrennten Ländern sprechen könnte, erwiderte Dr. Goebbels, daß es sehr wohl zwei getrennte Staaten geben könne, in denen trotzdem die gleichen Parteien am Ruder seien. Sicherlich könne es an der Spitze der nationalsozialistischen Führung immer nur einen Führer geben.

Dr. Goebbels kam sodann auf Frankreich und die Beziehungen der beiden Länder zueinander zu sprechen. Auf die Frage des Berichterstatters, ob er glaube, daß ohne die französische Revolution

die französische Revolution

eine Bewegung wie die nationalsozialistische überhaupt möglich gewesen wäre, erwiderte Dr. Goebbels, daß diese Bewegung nicht nur der französischen Revolution, sondern vor

allem dem Weltkrieg und den Ereignissen von 1918 zu verdanken sei. Er begründe die französische Revolution für alle die neuen Lebensbedingungen und Entwicklungen, die sie dem Volke gebracht habe. In diesem Sinne könne man vielleicht sogar behaupten, daß der Demokratie Erbe zu danken sei. Er bekämpfe hingegen den Mißbrauch, der mit der Demokratie getrieben werde, von dem sich ganz Europa und auch das demokratische Frankreich sicherlich Rechenschaft ablegen haben. Angesichts der bestehenden Schwierigkeiten mache sich die Notwendigkeit einer autoritären und entschlossenen Regierung in der ganzen Welt bemerkbar. „Die französische Revolution“, so sagte Dr. Goebbels wörtlich, „hat keinen Grund, aber unsere Mission beunruhigt zu sein.“

Es hat niemals eine Regierung gegeben, die so wie die unsere mit dem Frieden verbunden ist.

Dies geht auch bereits aus den Erklärungen des Reichsministers hervor. Es steht außer Zweifel, daß unsere Regierung Frankreich mehr Garantie der Stabilität bietet als jede andere. Und gerade weil der Sinn für Verantwortlichkeit hat, sind wir nicht geneigt, alles zu unterzeichnen. Wenn wir aber einmal ein Abkommen unterzeichnet haben, dann sind wir auch fest entschlossen, es zu achten.“

Vertagung der Abrüstungskonferenz

Paris, 26. Juni. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, und der Außenminister Paul Boncour, sind der Meinung, daß es zweckmäßig sei, die Abrüstungskonferenz zu vertagen. Henderson wird dem Büro der Konferenz morgen einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Die dritte Woche der Londoner Konferenz

London, 26. Juni. Die Weltwirtschaftskonferenz begann heute ihre dritte Woche mit nichtöffentlichen Sitzungen der verschiedenen Unterausschüsse. Heute wird in einer öffentlichen Sitzung des Unterausschusses für sofortige Finanzmaßnahmen Schablanzer Chamberlain eine Rede halten. In dem unter Vorsitz von Krogmann (Deutschland) stehenden Unterausschuss zur Erörterung handelspolitischer Fragen nahm heute vorzeitig

Ministerialdirektor Pöhl

das Wort zur Klärung des deutschen Standpunktes. In der Frage, ob multilateralen oder bilateralen Handelsverträgen der Vorzug zu geben sei, wies Pöhl vor allem auf die Notwendigkeit für Deutschland hin, in der Zahlungsabflanz einen Ausgleich zu finden. Hierbei sei besonders die Lage der Landwirtschaft an der Reihe. Pöhl betonte ausdrücklich, daß die Lösung der Bilanzfragen, wie zum Beispiel die Währungsstabilisierung und die Schuldenfrage, als Vorbedingung gelten müsse. Zu den Clearingabkommen bemerkte er, daß diese nur dort anfallig sein sollten, wo sie zur Regelung interner Devisenbestimmungen und nicht als Abwehr- oder Vereinstungsmaßnahmen gesehen werden. Die deutsche Devisenordnung sei keine handelspolitische Waffe, sondern diene lediglich dem Schutze der Währung.

Londoner Gespräche

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Juni. Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird heute in London erwartet, wo er die Verhandlungen mit den Gläubigern deutscher langfristiger Anleihen fortsetzen wird. Diese

Reise Dr. Schachts

war von Anfang an in Aussicht genommen und steht also keineswegs Ueberraschung dar. Uebermorgen erwartet man in London den amerikanischen Prof. Moses, den Vertreter Roosevelt, dessen Ankomst man mit einiger Spannung entgegensteht. Im übrigen interessiert man sich in London zur Zeit lebhaft für die Verhandlungen, die der russische Außenminister

Vitwinow hinter den Kulissen

führt. Es sind hierüber eine ganze Reihe von Redarten im Umlauf. So heißt es einmal, daß Vitwinow mit den Engländern verhandelt, um den Wirtschaftskrieg zwischen beiden Ländern zu beenden, und daß das englische Einfuhrverbot für russische Waren in aller nächster Zeit aufgehoben werden würde. Es wäre feststehend, wenn man nicht auch wieder von russisch-rumänischen Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt sprechen würde. Bekanntlich sind in einem früheren Zeitpunkt solche Verhandlungen gescheitert, und es ist nicht recht zu sehen, wie man jetzt die Schwierigkeiten überwinden will. Erwähnt sei schließlich auch noch, daß man von der

Bildung eines französisch-amerikanischen Metallfonds

spricht, von dem Rußland angeblich Metall im Werte von 15 Millionen Pfund an Kredit beziehen will. Mit der heutigen Wiederaufnahme der Ausfuhrverhandlungen dürfte sich das Interesse wohl wieder etwas mehr auf die eigentlichen Konferenzarbeiten lenken.

Die Durchführung der Aktion gegen die SPD.

Berlin, 26. Juni. Wie das VDB-Büro meldet, hat der preussische Innenminister Durchführungsbefehle zum dem Verbot der SPD für die SPD, erlassen, die sich insbesondere auf die Ausübung sozialdemokratischer Mandate in Volksvertretungen usw. beziehen.

Aus den Durchführungsbefehlen ergibt sich, daß auch diejenigen bisherigen Mitglieder der SPD, die im Laufe der letzten Wochen aus irgendwelchen Gründen aus den Parlamenten ausgeschieden sind, von dem Verbot betroffen sind, wenn die Mandate in Volksvertretungen usw. beziehen.

Der sozialdemokratische preussische Landtagsabgeordnete Frank, Oberhiesien, hatte mitgeteilt, daß er wegen der unklaren Haltung der SPD, zu den in Prag sitzenden Entgegenen schon vor einiger Zeit aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschieden sei. Es sei ihm jedoch vom Landtag mitgeteilt worden, daß trotzdem auch ihm gegenüber die Maßnahmen gegen die SPD, in allen Punkten wirksam werden. Das gleiche trifft zu z. B. gegen den preussischen Landtagsabgeordneten Hofacker, der wegen seiner zwiespältigen Haltung in der letzten Zeit von der SPD, ausgeschlossen war.

Der frühere preussische Landtagspräsident Veiner hat dem Landtag mitgeteilt, daß ihm das Verbot, den Landtag zu betreten, gerade an dem Tage zugegangen sei, an dem er sein 25jähriges Jubiläum als preussischer Landtagsabgeordneter feiern konnte.

Im übrigen gehen inzwischen bei den Parlamenten die Fahrkarten und Ausweise der Sozialdemokraten in großer Zahl ein. Die Mitglieder der SPD, haben dem entsprechenden Erlaß der zuständigen Stellen sofort Folge geleistet.

Prälat Leicht in Schubhaft

Bamberg, 26. Juni. Wie das „Bamberger Tagblatt“ meldet, wurden heute im Rahmen einer in ganz Bayern durchgeführten eingehenden Aktion gegen die Bayerische Volkspartei in den frühen Morgenstunden in Bamberg Reichstagsabgeordneter Prälat Leicht, Landtagsabgeordneter Weixner, sowie sämtliche Stadträte der Bayerischen Volkspartei-Fraktion in Schubhaft genommen.

Neustadt a. S., 26. Juni. Die in Schubhaft genommenen pfälzischen Pfarrer wurden nach einer Aussprache zwischen dem Bischof von Speyer und einem Vertreter der Gauleitung der NSDAP, am Sonnabendabend wieder aus der Schubhaft entlassen. Die zur Entlassung gekommenen Geistlichen haben folgende von der Gauleitung vorgelegte Erklärung unterzeichnet: „Der Unterzeichnete verpflichtet sich hiermit, unter keinen Umständen den Versuch zu machen, das Gotteshaus zu politischen Zwecken zu mißbrauchen. Unbetrübtlich erklärt und versichert er, daß er auch nicht den Versuch unternimmt, in verdeckter Weise die Regierung Adolf Hitlers bzw. deren Maßnahmen einer Kritik zu unterziehen, die einer Verantwortlichmachung gleichkommt. Die Parteileitung ihrerseits übernimmt die Verantwortung, daß sie mit allen Mitteln den Pfarrer schützen wird, wenn er sich nicht gleichzeitig herabläßt, seine Würde zu Parteizwecken zu mißbrauchen.“

Heber 100 Oberbürgermeister entfernt

Berlin, 26. Juni. Wie stark der Sturm der deutschen Revolution auch durch die Amtsstuben der Kommunalverwaltung legt, zeigt eine neuerliche Zusammenstellung des Deutschen Gemeindetages. Darin sind über 100 Städte aufgezählt, deren Oberbürgermeister in den letzten Wochen entfernt wurden. Ein Teil ist amtsentbunden, die übrigen sind meist beurlaubt worden. In etwa weiteren 30 Städten haben die Bürgermeister gewechselt.

Die Rundfunkpropaganda der Sowjets

Berlin, 26. Juni. Die deutsche Öffentlichkeit hat sich in letzter Zeit mehrfach mit den kommunistischen Propagandaaktionen des Moskauer Senders beschäftigt. Wie wir erfahren, beschränkt man sich zur Zeit auf eine genaue Beobachtung und Überwachung der russischen Sender, von denen bisher schon sehr bekannt war, daß sie kommunistische Propaganda betreiben. Soweit es nötig ist, werden falsche Darstellungen der Sender in deutschen Rundfunknachrichtendienst widerlegt und richtiggestellt. Sollten die russischen Sendungen das bisher übliche Propagandamass überfordern, so wird selbstverständlich die deutsche Regierung die erforderlichen Maßnahmen treffen.

Politische Groß-Razzia in Sofia

Berlin, 26. Juni. Nach den hier vorliegenden Meldungen aus Bulgarien geht die kommunistische Propaganda mit großer Energie gegen die Nationalisten und Terroristischen Elemente vor. Es wurden in der bulgarischen Hauptstadt umfangreiche Durchsuchungen durchgeführt. Auch aus anderen bulgarischen Städten wird über derartige Aktionen berichtet, wobei die Bevölkerung während der Dauer der Durchsuchungen die Wohnungen nicht verlassen durfte. Es sind auch erhebliche Mengen beschlagnahmt und über tausend Verhaftungen vorgenommen worden. Nach Meldungen südlawischer Blätter ist über die bulgarische Hauptstadt der Belagerungszustand verhängt worden.